



DOROTHEA SCHÄFER

## Sparkassen als nächster Krisenherd? Wohl eher nicht!

Dorothea Schäfer ist Forschungsdirektorin für Finanzmärkte am DIW Berlin.  
Der Kommentar gibt die Meinung der Autorin wieder.

Volkswirtinnen und Volkswirte können ein Lied davon singen, wie schwer Auslöser und Zeitpunkt einer Finanzkrise vorherzusagen sind. Das hindert die Öffentlichkeit nicht daran, ausführlich über den nächsten Krisenauslöser zu spekulieren. Manche sagen nun, die Sparkassen sollen es sein. Wie bitte? Jene kommunalen Kreditinstitute, die auf dem Höhepunkt der Finanzkrise viel zur Stabilisierung der Bankenlandschaft in Deutschland beigetragen haben? Hat ihnen die Bundesbank nicht erst jüngst attestiert, dass sie 2017 die Erträge aus dem Bankgeschäft entgegen dem Trend leicht verbesserten?

Ertragssituation und Kundenvertrauen spielen für die düstere Prophezeiung allerdings keine Rolle, dafür aber Spekulationen über die Qualität der Sparkassenaufsicht und die Folgen von plötzlich hochschnellenden Zinsen eine umso größere. Kommunalpolitikerinnen und -politikern wird die Fähigkeit abgesprochen, ihre kommunalen Sparkassen zu beaufsichtigen. Grund: Sie kommen zumeist nicht aus der Finanzbranche. Aber haben die vielen „Profis“ in den Aufsichtsräten von strauchelnden Großbanken Bankenrettungen mit vielen Milliarden Euro vermeiden können? Für Aufsichtsqualität ist nicht entscheidend, ob Kontrollierende und Beaufichtigte vom selben Schlag sind. Manchmal ist das sogar von Nachteil. Entscheidend ist vielmehr, ob die Kontrolleurinnen und Kontrolleure gewillt sind, unbequeme Fragen zu stellen und hartnäckig auf nachvollziehbaren Antworten zu bestehen. Zudem haben Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker Zugang zu Fachleuten, deren Rat sie heranziehen können. Das Versagen der Aufsichtsgremien bei mancher Landesbank als Indiz für schlechte Kontrolle bei den Sparkassen heranzuziehen, ist unzulässig. Kommunale Sparkassen können nicht mit international tätigen Landesbanken in einen Topf geworfen werden.

Sparkassen und Kreditgenossenschaften „ernähren“ sich vor allem vom Brot- und Buttergeschäft des Bankgewerbes, der langfristigen Kreditvergabe an private Haushalte und Unternehmen. Laut Bundesbank machten langfristige Kredite 2017 bei den Sparkassen 58 Prozent und bei den Kreditgenossenschaften gut 55 Prozent der Bilanzsumme aus. Gleichzeitig

ist bei diesen Banken der Anteil der Kundeneinlagen an der Gesamtfinanzierung traditionell sehr hoch. Entsteht daraus nun ein Klumpenrisiko für den ganzen Bankensektor, weil die Sparkassen bei einem Zinssprung womöglich keine konkurrenzfähigen Einlagezinsen mehr bieten können? Auch das ist höchst spekulativ. Die Sparkassen haben ihre Abhängigkeit von den Zinsmargen bereits verringert. Laut Bundesbank konnte der Sektor 2017 den Einnahmerückgang im Kreditgeschäft durch eine Steigerung des Provisionseinkommens (Gebühren aus Zahlungsverkehr, Wertpapierprovisionen etc.) mehr als ausgleichen. Die Gesamtkapitalrentabilität war bei allen Instituten aus dem Sparkassen- und Genossenschaftssektor positiv.

Unerwartete Zinssprünge sind ohnehin nicht sehr realistisch, denn die Europäische Zentralbank weiß nur zu genau, dass ein starker, schneller Zinsanstieg Gift wäre, und zwar für alle Banken des Euroraums, die vor allem vom Kredit- und Einlagegeschäft leben. Sie dürfte daher nichts unversucht lassen („whatever it takes“), um einen sanften Zinsanstieg hinzubekommen. Vermutlich lauert die Gefahr auch an ganz anderer Stelle. Die Großbanken sind nach wie vor stark von kurzfristiger Kapitalmarktfinanzierung abhängig. Wenn Geldmarktfonds das Überrollen ihrer kurzfristigen Termingelder verweigern, wie in der Finanzkrise öfters der Fall, ist die Bank – und bei großen Banken dann auch das gesamte System – gefährdet. Demgegenüber ist das systemische Risiko, das von den Sparkassen ausgeht, eher gering. Weil dem Sektor weiterhin großes Vertrauen entgegengebracht wird, dürfte die Fliehkraft der Kundeneinlagen gering sein, selbst wenn die Zinsen steigen. Die Sparkassen in Deutschland als Auslöser für die nächste Finanzkrise? Ganz ehrlich, wohl eher nicht.

## IMPRESSUM

---



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

[www.diw.de](http://www.diw.de)

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

85. Jahrgang 24. Oktober 2018

### Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan;

Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig;

Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus Michelsen; Prof. Johanna Möllerström, Ph.D.;

Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp; Prof. Dr. C. Katharina Spieß

### Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

### Lektorat

Jakob Mieth

### Redaktion

Renate Bogdanovic; Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner;

Claudia Cohnen-Beck; Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann;

Matthias Laugwitz; Dr. Alexander Zerrahn

### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

[leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

### Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

### Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

### Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

### Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit

Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den

Kundenservice des DIW Berlin zulässig ([kundenservice@diw.de](mailto:kundenservice@diw.de)).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter [www.diw.de/newsletter](http://www.diw.de/newsletter)